

Pressemitteilung

Schwacher November für den Wohnungsbau

Genehmigungen weiter im freien Fall. Wohnungsbaupolitisches Versprechen für 2024 nötig.

03/23

Berlin, 18.12.2023

„Auch im November 2023 zeigte sich kein Lichtblick bei den Wohnungsbaugenehmigungen. Bei Neu- und Umbauten wurden nur etwa 20.200 Wohnungen genehmigt, ein weiterer deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat um 16,9 Prozent. Das Jahresergebnis 2023 dürfte dann nur noch bei 260.000 genehmigten Wohnungen liegen und die Zahl der Fertigstellungen im neuen Jahr weiter auf die 200.000-er Marke zusteuern. Die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung braucht jetzt einen klaren Kompass mit einem verlässlichen Versprechen für eine echte Wohnungsinitiative in 2024, damit noch vor der Bundestagswahl 2025 der Weg aus der Krise am Wohnungsmarkt und eine Zukunftsperspektive für die Bauunternehmen gelingen kann.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Tim-Oliver Müller die (teilweise geschätzten) Genehmigungszahlen, die das Statistische Bundesamt heute bekannt gegeben hat. In den Ballungsgebieten bestehe bereits seit Jahren eine riesige Übernachtfrage nach bezahlbarem Wohnraum und die Situation verschärfe sich weiter.

Zwar sei für das neue Jahr ein leichter Rückgang bei den Baukosten zu erwarten, der sich bereits zum Jahresende 2023 zeigte. Dennoch blieben die Kosten im langfristigen Vergleich weiter hoch, auch getrieben durch eine Vielzahl behördlicher Auflagen und Vorschriften. Auch von der von einigen bereits ausgerufenen Zinswende sei man immer noch weit entfernt, so Müller. „Es hilft alles nichts: Die Branche braucht Investitionsanreize für mehr bezahlbaren Wohnungsbau in Form eines Zinsverbilligungsprogramms und der degressiven Afa, für die endlich der Weg frei gemacht werden muss. Davon unabhängig werden Bund und Länder nicht an einer Entschlackung von Vorschriften und Vorgaben umherkommen. Standards und Gebäudeanforderungen müssen runter, der Weg für serielles Bauen und Sanieren freigemacht, der digitale Bauantrag eingeführt und bundesweit einheitliche, digitale Verwaltungsprozesse etabliert werden. Dafür braucht es endlich die Vereinheitlichung der 16 Landesbauordnungen hin zu einer verbindlichen Bundesbauordnung – das alles kann Baukosten senken und kostet keinen Cent. Die Bundesregierung hat jetzt die Chance, klare, eindeutige und mutige Entscheidungen zu treffen.“